



JAHRESABSCHLUSS

zum 31. Dezember 2020

IR2016 der C&P GmbH & Co KG

Brauquartier 2
8055 Graz



1. Auftragsverhältnis, Erstellungsbericht

Die Gesellschafter der **IR2016 der C&P GmbH & Co KG**, Graz Brauquartier 2, (in der Folge: „Auftraggeber“) haben uns mit der Erstellung des nachstehenden Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2020 der **IR2016 der C&P GmbH & Co KG** - bestehend aus Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung - auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden beauftragt.

Grundlage für die Erstellung des Abschlusses waren die uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise, deren Prüfung auf Ordnungsmäßigkeit oder Plausibilität nicht Gegenstand unseres Auftrages war, sowie die uns erteilten Auskünfte. Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses (§§ 190ff UGB) liegen in der Verantwortung des Auftraggebers. Die Unterfertigung des Jahresabschlusses erfolgte unter Beifügung des Datums auf der letzten Seite.

Einziges Komplementärgesellschafterin der Gesellschaft ist eine GmbH, es sind daher für den Jahresabschluss des Unternehmens die Vorschriften für GmbHs maßgeblich (§ 221 Abs 5 UGB). Auf Grund der Größenordnung des Unternehmens kommen die Rechnungslegungsvorschriften für kleine Kapitalgesellschaften zur Anwendung (§221 Abs 1 UGB). Es besteht keine Pflicht zur Abschlussprüfung. Informationen zu einer allfällig vertraglich vereinbarten Jahresabschluss-Prüfungspflicht liegen uns nicht vor.


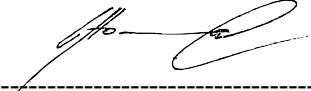
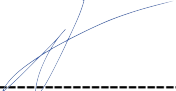

Bei der Durchführung unserer Arbeiten wurde vom Vorliegen der Voraussetzungen für die Fortführung des Unternehmens („going concern“) ausgegangen. Die Feststellung etwaiger Unredlichkeiten im Geld-, Waren- oder sonstigen Geschäftsverkehr oder die Verletzung von gesetzlichen bzw. vertraglichen Verpflichtungen war nicht Gegenstand unserer beruflich durchgeführten Arbeiten und bedarf eines gesonderten Auftrages.

Wir haben weder eine Abschlussprüfung noch eine prüferische Durchsicht des Abschlusses noch eine sonstige Prüfung oder vereinbarte Untersuchungshandlungen vorgenommen und geben demzufolge keine Bestätigung zum Abschluss ab.

Der Auftraggeber ist sowohl für die Richtigkeit als auch für die Vollständigkeit der uns zur Verfügung gestellten Unterlagen und Auskünfte (auch gegenüber Dritten) verantwortlich. Eine Vollständigkeitserklärung des Auftraggebers liegt uns vor.

Der Erstellungsauftrag wurde unter Beachtung des Fachgutachtens KFS/RL 26 „Grundsätze für die Erstellung von Abschlüssen“ durchgeführt. Für die Durchführung des Auftrages sind im Übrigen – auch im Verhältnis zu Dritten – die beiliegenden „Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhänder“ (AAB) maßgebend.

Eine Weitergabe des von uns erstellten Abschlusses an Dritte darf nur unter Beigabe des Erstellungsberichts erfolgen. Im Falle der Weitergabe des von uns erstellten Abschlusses an Dritte gelten insbesondere die in Punkt 7. der AAB enthaltenen Ausführungen zur Haftung auch gegenüber Dritten.

 Unterschrift Auftraggeber

Fachliche Zuständigkeit & Kontakt: StB/UB Mag. Maria Brugger, +43 (316) 720200 Fax-DW 8010
 LBG Standort: 8055 Graz, Brauquartier 1, Top 11

LBG Österreich

Burgenland • Eisenstadt • Großpeterdorf • Mattersburg • Neusiedl/See • Oberpullendorf • Oberwart • **Kärnten** • Klagenfurt • Villach • Wolfsberg • **Niederösterreich** • St. Pölten • Gänserndorf • Gloggnitz • Gmünd • Hollabrunn
 Horn • Korneuburg • Mistelbach • Neunkirchen • Waidhofen/Thaya • Wr. Neustadt • **Oberösterreich** • Linz • Ried • Steyr • **Salzburg** • Salzburg-Stadt • **Steiermark** • Graz • Bruck/Mur • Leibnitz • Liezen • **Tirol** • Innsbruck • **Wien**

Steuerberatung • Bilanz • Buchhaltung • Personalverrechnung • Gutachten • Betriebswirtschaft • Digitalisierung www.lbg.at

Geschäftsführer: StB/UB Mag. Maria Brugger, WP/StB Mag. Heinz Harb,
 WP/StB Ing. Dr. Thomas Klikovics, WP/StB Univ.-Lekt. Mag. Erhard Lausegger
Prokuristen: StB/UB Mag. Michaela Perstling, BSc, StB/UB Mag. Claudia Zielowski, StB/UB Ing. Norbert Zefferer PMBA

LBG Steiermark Steuerberatung GmbH
 Ein Unternehmen von LBG Österreich
 1030 Wien, Boerhaavegasse 6
 FN 359775 g, HG Wien
 UID ATU 66378724

Inhaltsverzeichnis

Rechtliche Verhältnisse.....	1 - 2
Steuerliche Verhältnisse.....	3
Jahresabschluss:	
Bilanz zum 31. Dezember 2020.....	4 - 5
Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Jänner 2020 bis 31. Dezember 2020.....	6
Ergebnisverteilung.....	7
Anhang.....	8 - 10
Erläuterungen zum Jahresabschluss:	
Erläuterungen Bilanz zum 31. Dezember 2020	11 - 15
Erläuterungen GuV vom 1. Jänner 2020 bis 31. Dezember 2020.....	16 - 18
Anlagenspiegel.....	19
Allgemeine Auftragsbedingungen (AAB).....	20 - 24

Firma:	IR2016 der C&P GmbH & Co KG
Sitz:	Graz
Geschäftsanschrift:	8055 Graz, Brauquartier 2
Unternehmensgegenstand:	Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung eigenen Vermögens durch den Erwerb, die Veräußerung und die Verwaltung von Immobilien und die Errichtung von Gebäuden.
Gründung:	Gesellschaftsvertrag vom 18.01.2016, Eintragung im Firmenbuch am 02.02.2016.
Geschäftsjahr:	01.01.2020 bis 31.12.2020
Rechtsform:	Kommanditgesellschaft
Firmenbuch:	LGZ Graz, FN 447036 g (Auszug vom 12.05.2021)
Komplementär:	C&P Baurträger GmbH: der Komplementär ist eine reine Arbeitsgesellschaft mit voller Haftung und Vertretung der Gesellschaft nach außen. Der Komplementär leistet eine Kapital- bzw. Pflichteinlage von € 1.000,00.
Kommanditist:	C&P IR1 Treuhand GmbH: der Kommanditist ist in der Funktion als Treuhandkommanditist tätig. Der Kommanditist leistet eine Kapital- bzw. Pflichteinlage von € 1.000,00. Die Gesellschaft ist berechtigt, das Gesellschaftskapital durch Aufnahme weiterer Kommanditisten bis zum 30.06.2017 auf bis zu € 5.002.000,00 (=maximales Plazierungsvolumen) zu erhöhen. Darüber hinaus hat die Gesellschaft bis spätestens zum 31.12.2021 die Möglichkeit, das maximale Plazierungsvolumen einmalig auf bis zu € 7.002.000,00 zu erhöhen. Weitere Kommanditisten treten treuhänderisch über die Treuhandkommanditistin - die C&P IR1 Treuhand GmbH - der Gesellschaft bei.

Das treuhändig gehaltene Kapital beträgt zum 31.12.2020 € 5.574.600,00 und wird im Eigenkapital unter dem variablen Kapital ausgewiesen.

Geschäftsführung: Gemäß Gesellschaftsvertrag wurde die C&P Bauträger GmbH als Arbeitsgesellschafter zum Geschäftsführer der Gesellschaft bestellt.

Die C&P Bauträger GmbH wird von folgenden Personen vertreten:

DI Cyrus Asreahan
DI Gerd Hammerl, MSc
DI (FH) Josef Pongratz
DI Edgar Rami

Offenlegung: Die Einreichung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019 zum Firmenbuch gemäß § 277 Abs. 1 UGB ist am 16.09.2020.

Finanzamt:	Finanzamt Österreich
Steuernummer:	68 666/1315
Steuerliche Vertretung:	LBG Steiermark Steuerberatung GmbH 8055 Graz, Brauquartier 1/Top 11
Rechtsmittel:	Zum Bilanzstichtag waren keine Rechtsmittel anhängig.
Abgabenprüfungen:	Im Geschäftsjahr 2020 erfolgte keine abgabenrechtliche Prüfung.

Aktiva	31.12.2020	%	31.12.2019	%	Passiva	31.12.2020	%	31.12.2019	%
A. Anlagevermögen					A. Eigenkapital				
I. Finanzanlagen					I. Komplementärkapital				
1. Beteiligungen	652.746,00	3,92	255.746,00	1,75	1. Vereinbarte Einlagen	1.000,00	0,01	1.000,00	0,01
B. Umlaufvermögen					2. abzüglich genehmigte Entnahmen	0,00	0,00	-602.832,66	4,12
I. Vorräte					3. Verlustanteile aus Vorjahren	102.572,69	0,62	0,00	0,00
1. unfertige Erzeugnisse	11.563.244,22	69,36	11.391.828,42	77,78		103.572,69	0,62	-601.832,66	4,11
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					II. Kommanditkapital				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.496,78	0,01	948,25	0,01	1. Bedungene Einlagen	1.000,00	0,01	1.000,00	0,01
2. Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.923.976,65	23,54	2.463.092,66	16,82	2. treuhändig gehaltene Einlagen	5.574.600,00	33,44	5.574.810,00	38,06
davon sonstige	3.923.976,65	23,54	2.463.092,66	16,82	III. Kapitalrücklagen	5.575.600,00	33,45	5.575.810,00	38,07
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	0,00	0,00	599.118,54	4,09	1. nicht gebundene	85.962,00	0,52	85.962,00	0,59
3. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	0,00	0,00	17.402,44	0,12	IV. Den Gesellschaftern zuzurechnender Gewinn	1.951.813,81	11,71	1.535.697,35	10,49
	3.925.473,43	23,55	2.481.443,35	16,94		7.716.948,50	46,29	6.595.636,69	45,03
III. Guthaben bei Kreditinstituten	528.921,55	3,17	512.595,42	3,50	B. Rückstellungen	6.750,00	0,04	6.750,00	0,05
C. Rechnungsabgrenzungsposten	16.017.639,20	96,08	14.385.867,19	98,22	1. sonstige Rückstellungen				
	273,96	0,00	4.336,67	0,03	C. Verbindlichkeiten				
					1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.490.888,80	44,93	7.487.123,70	51,12
					davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	0,00	0,00	7.487.123,70	51,12
					davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	7.490.888,80	44,93	0,00	0,00
					2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	500.000,00	3,00	500.346,08	3,42
					davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	500.000,00	3,00	500.346,08	3,42
					3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	900.175,00	5,40	4.336,67	0,03

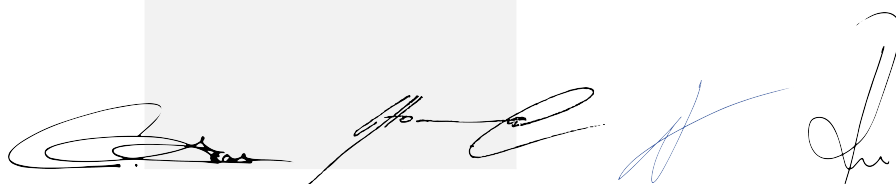
	31.12.2020	%	31.12.2019	%
Aktiva				
Summe Aktiva	<u>16.670.659,16</u>	<u>100,00</u>	<u>14.645.949,86</u>	<u>100,00</u>
Passiva				
davon aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	0,00 900.175,00	0,00 5,40	4.336,67 4.336,67	0,03 0,03
4. sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	9.546,86 5.620,03 9.546,86 8.900.610,66 1.409.721,86 7.490.888,80	0,06 0,03 0,06 53,39 8,46 44,93	6,72 0,00 6,72 7.991.813,17 7.991.813,17 0,00	0,00 0,00 0,00 54,57 54,57 0,00
D. Rechnungsabgrenzungsposten				
Summe Passiva	<u>16.670.659,16</u>	<u>100,00</u>	<u>14.645.949,86</u>	<u>100,00</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

IR2016 der C&P GmbH & Co KG

01.01.2020 bis 31.12.2020

	2020	%	2019	%
1. Umsatzerlöse	159.383,98	48,18	8.340.522,86	296,15
2. Veränderung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen	171.415,80	51,82	-5.524.217,70	196,15
3. sonstige betriebliche Erträge	240,00	0,07	250,00	0,01
4. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen				
a. Materialaufwand	171.415,80	51,82	1.534.558,78	54,49
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	154.147,76	46,60	121.455,05	4,31
6. Zwischensumme aus Z 1 bis 5 (Betriebsergebnis)	5.476,22	1,66	1.160.541,33	41,21
7. Erträge aus Beteiligungen	2.303.800,00	696,43	705.000,00	25,03
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	55.628,90	16,82	51.120,21	1,82
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	13.819,20	4,18	8,06	0,00
10. Zwischensumme aus Z 7 bis 9 (Finanzergebnis)	2.345.609,70	709,07	756.112,15	26,85
11. Steuern vom Einkommen	20,11	0,01	43,60	0,00
12. Jahresgewinn	2.351.065,81	710,72	1.916.609,88	68,05
13. Gewinnvorab	-399.252,00	120,69	-380.912,53	13,53
14. Den Gesellschaftern zuzurechnender Gewinn	1.951.813,81	590,03	1.535.697,35	54,53



Ergebnisverteilung 2020

Jahresergebnis lt. GuV	2.351.065,81
- Haftungsvergütung GmbH	0,00
- Gewinnvorab	-399.252,00

BMGL für Ergebnisverteilung **1.951.813,81**

Gesellschafter	%	Jahresergebnis hre	Vorweggewinn	Ergebnisanteil hre
diverse Treugeber	0,000%	0,00	0,00	0,00
C&P IR1 Treuhand GmbH	0,004%	70,00	0,00	70,00
C&P Bauträger GmbH	99,996%	1.951.743,81	0,00	1.951.743,81
Summe	100,00%	1.951.813,81	0,00	1.951.813,81

I. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Allgemeine Grundsätze

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften der §§ 189 ff des Unternehmensgesetzbuches (UGB) unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung, sowie unter Beachtung der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit entsprechend der gesetzlichen Regelungen eingehalten.

Bei der Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

Dem Vorsichtsprinzip wurde dadurch Rechnung getragen, dass nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden. Alle erkennbaren Risiken und drohenden Verlusten wurden - soweit gesetzlich geboten - berücksichtigt.

Anlagevermögen

Finanzanlagen

Das Finanzanlagevermögen wurde zu Anschaffungskosten bewertet.

Umlaufvermögen

Vorräte

Die Bewertung der Vorräte erfolgte zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten oder zu niedrigeren Tageswerten. Bei der Ermittlung der Herstellungskosten wurden direkt zurechenbare Fremdkapitalzinsen in die Herstellungskosten einbezogen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände wurden mit dem Nominalwert angesetzt.

Im Falle erkennbarer Einzelrisiken wurde der niedrigere beizulegende Wert angesetzt.

Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen

In den sonstigen Rückstellungen wurden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips alle im Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken und der Höhe oder dem Grunde nach ungewissen Verbindlichkeiten mit den Beträgen berücksichtigt, die nach bestmöglicher Schätzung zur Erfüllung der Verpflichtung aufgewendet werden müssen. Sämtliche Rückstellungen haben eine Laufzeit von weniger als einem Jahr.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht ermittelt.

II. Erläuterungen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Änderung der Form der Darstellung gegenüber dem Vorjahr/Anpassung (Umgliederung) von Vorjahresbeträgen

Im Geschäftsjahr erfolgte die Umgliederung der Kapitalrücklagen von den "treuhändig gehaltenen Einlagen" in die "Kapitalrücklagen". Der Betrag des Vorjahres wurde ebenfalls umgliedert.

Vorräte

In den Posten unfertige Erzeugnisse sind die zurechenbaren Fremdkapitalzinsen enthalten, um ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu gewährleisten. Diese Position beinhaltet das Objekt Gradnerstraße in Graz.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die nachfolgende Darstellung zeigt die Restlaufzeiten der in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen:

	Gesamtbetrag	davon Restlaufzeit bis 1 Jahr
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.496,78	1.496,78
Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.923.976,65	3.923.976,65
davon sonstige	3.923.976,65	3.923.976,65
Summe Forderungen	<u>3.925.473,43</u>	<u>3.925.473,43</u>

Rückstellungen

Zusammensetzung und Entwicklung der Rückstellungen:

	Stand 01.01.2020	Verwendung	Auflösung	Zuweisung	Stand 31.12.2020
Rückstellungen					
sonstige Rückstellungen					
RST f. Steuerberatung	6.750,00	6.510,00	240,00	6.750,00	6.750,00

Verbindlichkeiten

Zur Fristigkeit der in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten werden folgende Erläuterungen gegeben:

	Gesamtbetrag	davon Restlaufzeit bis 1 Jahr	davon Restlaufzeit über 1 Jahr	davon Restlaufzeit zw. 1 und 5 Jahre	davon dinglich besichert Art der Sicherung
Verbindlichkeiten					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.490.888,80	0,00	7.490.888,80	7.490.888,80	7.490.888,80 Pfandrecht
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	500.000,00	500.000,00	0,00	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	900.175,00	900.175,00	0,00	0,00	0,00
sonstige Verbindlichkeiten	9.546,86	9.546,86	0,00	0,00	0,00
davon aus Steuern	5.620,03	5.620,03	0,00	0,00	0,00
Summe Verbindlichkeiten	<u>8.900.610,66</u>	<u>1.409.721,86</u>	<u>7.490.888,80</u>	<u>7.490.888,80</u>	<u>7.490.888,80</u>

III. Sonstige Pflichtangaben**Zahl der Arbeitnehmer:**

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer gegliedert nach Arbeiter und Angestellte beträgt (§ 239 Abs. 1 Z 1 UGB):

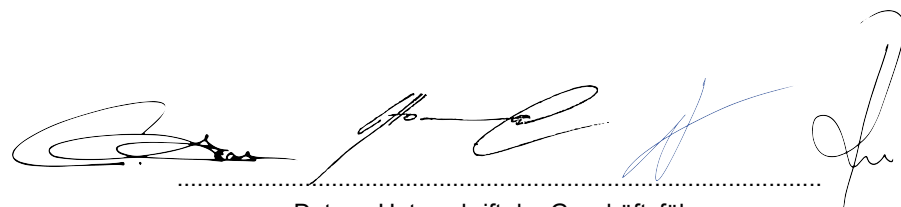
	2020
Arbeiter	0
Angestellte	<u>0</u>
Gesamt	<u><u>0</u></u>

Angaben zu den Mitgliedern der Geschäftsführung

Im Geschäftsjahr waren folgende Personen als Geschäftsführer tätig:

C&P Bauträger GmbH
DI Cyrus Asreahan
DI Edgar Rami
DI (FH) Josef Pongratz
DI Gerd Hammerl

29.06.2021



Datum, Unterschrift der Geschäftsführer

Aktiva	31.12.2020	31.12.2019
A. Anlagevermögen		
I. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen		
8003 Bet. BA03 PZP GmbH & Co KG	24.346,00	24.346,00
8061 Bet. C&P Projekt LBS242 GmbH & Co KG	619.000,00	222.000,00
8063 Bet. TS432 der IR2016 der C&P KG & Co KG	9.400,00	9.400,00
	652.746,00	255.746,00
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. unfertige Erzeugnisse		
14138 IR2016 BVH Gradnerstrasse	11.563.244,22	11.391.828,42
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		
20000 Kundenforderungen Inland	1.496,78	948,25
2. Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
23009 Sonst. kurzfrist. Forderungen gg. Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	2.303.800,00	705.000,00
23150 Darlehen an C&P Immobilien AG	0,00	61.132,71
23158 Darlehen an TS432 der IR2016 der C&P GmbH & Co KG	70.361,22	210.540,68
23161 Darlehen an C&P Projekt LBS242 GmbH & Co KG	1.549.815,43	1.455.876,67
23162 Darlehen an C&P Asset Deutschland GmbH	0,00	30.542,60
	3.923.976,65	2.463.092,66
davon sonstige		
23009 Sonst. kurzfrist. Forderungen gg. Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	2.303.800,00	705.000,00
23150 Darlehen an C&P Immobilien AG	0,00	61.132,71
23158 Darlehen an TS432 der IR2016 der C&P GmbH & Co KG	70.361,22	210.540,68
23161 Darlehen an C&P Projekt LBS242 GmbH & Co KG	1.549.815,43	1.455.876,67
23162 Darlehen an C&P Asset Deutschland GmbH	0,00	30.542,60
	3.923.976,65	2.463.092,66

Erläuterungen Bilanz

IR2016 der C&P GmbH & Co KG

zum 31.12.2020

Aktiva	31.12.2020	31.12.2019
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr		
23158 Darlehen an TS432 der IR2016 der C&P GmbH & Co KG	0,00	103.296,30
23161 Darlehen an C&P Projekt LBS242 GmbH & Co KG	0,00	495.822,24
	<u>0,00</u>	<u>599.118,54</u>
3. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände		
20006 debitorische Kreditoren	0,00	77,40
24061 VKTO HV Gradnerstraße 45-57	0,00	172,75
25350 USt-Zahllast (Forderung)	0,00	17.152,29
	<u>0,00</u>	<u>17.402,44</u>
	3.925.473,43	2.481.443,35
III. Guthaben bei Kreditinstituten		
28346 IR2016 STGK AT38 2081 5000 4085 9829	24.906,48	2.290,02
28703 IR2016 Grad_GK AT21 4477 0138 5976 0000	500.126,40	510.305,40
28800 schwebende Geldbewegungen	3.888,67	0,00
	<u>528.921,55</u>	<u>512.595,42</u>
	16.017.639,20	14.385.867,19
C. Rechnungsabgrenzungsposten		
29000 Aktive Rechnungsabgrenzung	273,96	4.336,67
Summe Aktiva	<u>16.670.659,16</u>	<u>14.645.949,86</u>

Passiva	31.12.2020	31.12.2019
A. Eigenkapital		
I. Komplementärkapital		
1. Vereinbarte Einlagen		
91201 Einlage Gesellschafter (Komplementär)	1.000,00	1.000,00
2. abzüglich genehmigte Entnahmen		
91050 Verrechnungskonto Komplementär	0,00	-602.832,66
3. Verlustanteile aus Vorjahren		
90081 Ergebnisanteile VJ Komplementär	102.572,69	0,00
	<u>103.572,69</u>	<u>-601.832,66</u>
II. Kommanditkapital		
1. Bedungene Einlagen		
91203 Bedungene Einlagen	1.000,00	1.000,00
2. treuhändig gehaltene Einlagen		
91001 Kommanditeinlage	5.574.600,00	5.574.600,00
91250 Verrechnungskonto Kommanditist	0,00	210,00
	<u>5.574.600,00</u>	<u>5.574.810,00</u>
	5.575.600,00	5.575.810,00
III. Kapitalrücklagen		
1. nicht gebundene		
91610 Nicht gebundene Kapitalrücklage	85.962,00	85.962,00
IV. Den Gesellschaftern zuzurechnender Gewinn		
90080 Ergebnisanteile Komplementär	1.951.743,81	1.535.627,35
97299 Gesellschafterverrechnung	70,00	70,00
	<u>1.951.813,81</u>	<u>1.535.697,35</u>
	7.716.948,50	6.595.636,69
B. Rückstellungen		
1. sonstige Rückstellungen		
30840 RST f. Steuerberatung	6.750,00	6.750,00

Passiva	31.12.2020	31.12.2019
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
31706 IR2016 Grad KK AT91 4477 0138 5976 0001	7.490.888,80	7.487.123,70
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr		
31706 IR2016 Grad KK AT91 4477 0138 5976 0001	0,00	7.487.123,70
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr		
31706 IR2016 Grad KK AT91 4477 0138 5976 0001	7.490.888,80	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		
30006 debitorische Kreditoren	0,00	77,40
33000 Lieferverbindlichkeiten Inland	500.000,00	500.268,68
	500.000,00	500.346,08
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr		
30006 debitorische Kreditoren	0,00	77,40
33000 Lieferverbindlichkeiten Inland	500.000,00	500.268,68
	500.000,00	500.346,08
3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
34106 Darlehen von C&P Immobilien AG	900.175,00	0,00
34400 Konzernverbindlichkeiten Bet. Verh.	0,00	4.336,67
	900.175,00	4.336,67
davon aus Lieferungen und Leistungen		
34400 Konzernverbindlichkeiten Bet. Verh.	0,00	4.336,67
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr		
34106 Darlehen von C&P Immobilien AG	900.175,00	0,00
34400 Konzernverbindlichkeiten Bet. Verh.	0,00	4.336,67
	900.175,00	4.336,67
4. sonstige Verbindlichkeiten		
24061 VKTO HV Gradnerstraße 45-57	3.890,56	0,00
35200 USt-Zahllast	5.620,03	0,00
38900 Sonst. kurzfr. Verbindlichkeiten	36,27	6,72
	9.546,86	6,72
davon aus Steuern		
35200 USt-Zahllast	5.620,03	0,00
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr		
24061 VKTO HV Gradnerstraße 45-57	3.890,56	0,00
35200 USt-Zahllast	5.620,03	0,00

Passiva	31.12.2020	31.12.2019
38900 Sonst. kurzfr. Verbindlichkeiten	36,27	6,72
	9.546,86	6,72
	8.900.610,66	7.991.813,17
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr		
24061 VKTO HV Gradnerstraße 45-57	3.890,56	0,00
30006 debitorische Kreditoren	0,00	77,40
31706 IR2016 Grad KK AT91 4477 0138 5976 0001	0,00	7.487.123,70
33000 Lieferverbindlichkeiten Inland	500.000,00	500.268,68
34106 Darlehen von C&P Immobilien AG	900.175,00	0,00
34400 Konzernverbindlichkeiten Bet. Verh.	0,00	4.336,67
35200 USt-Zahllast	5.620,03	0,00
38900 Sonst. kurzfr. Verbindlichkeiten	36,27	6,72
	1.409.721,86	7.991.813,17
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr		
31706 IR2016 Grad KK AT91 4477 0138 5976 0001	7.490.888,80	0,00
D. Rechnungsabgrenzungsposten		
39000 Passive Rechnungsabgrenzung	46.350,00	51.750,00
Summe Passiva	16.670.659,16	14.645.949,86

Erläuterungen Gewinn- und Verlustrechnung

IR2016 der C&P GmbH & Co KG

01.01.2020 bis 31.12.2020

	2020	2019
1. Umsatzerlöse		
40100 Erlöse Schlußrechnung VK 0%	0,00	2.292.484,00
40101 Erlöse Schlußrechnung VK 20%	0,00	5.905.291,46
40800 Erlöse Teilrechnungen 0%	0,00	-854.711,70
40801 Erlöse Teilrechnungen 20%	0,00	-2.878.970,76
43019 Erlöse aus WV 0%	0,00	6.400,00
43022 Erlöse WV 20%	0,00	12.051,00
45003 Bestandsveränderungen nicht abrechenbare Leistungen	0,00	-183.215,50
45011 Abgrenzung Miet- und Optionsvertrag	5.400,00	-51.750,00
48000 Sonstige Erlöse 20%	0,00	54.024,00
48580 Mieterlöse 20% Gradnerstraße 45-57	152.233,48	119.799,96
48582 BK-Erlöse 20% Gradnerstraße 45-57	1.577,50	1.307,40
48900 Versicherungsvergütungen	0,00	800,00
48992 Sonstige Erlöse 20%	173,00	0,00
48997 Sonstige betriebliche Erträge	0,00	115,07
53970 Erlösabgrenzung	0,00	3.916.897,93
	159.383,98	8.340.522,86
2. Veränderung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen		
45002 BVÄ unfertige Erzeugnisse	171.415,80	-5.524.217,70
3. sonstige betriebliche Erträge		
47000 Auflösung Rückstellungen	240,00	250,00
4. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen		
a. Materialaufwand		
Waren		
50002 Errichtungskosten	171.415,80	1.516.107,78
78450 Aufwand zur Weiterverrechnung	0,00	18.451,00
	171.415,80	1.534.558,78
5. sonstige betriebliche Aufwendungen		
Aufwand für Betriebskosten		
51021 BK Gradnerstraße 45-57/Graz	14.799,67	16.899,32
51103 Leerstandskosten	-322,27	387,14
	14.477,40	17.286,46
Aufwand für Versicherungen		
77000 Sachversicherung / Versicherungsaufwand	6.552,24	4.224,41

Erläuterungen Gewinn- und Verlustrechnung

IR2016 der C&P GmbH & Co KG

01.01.2020 bis 31.12.2020

	2020	2019
Rechts- und Beratungsaufwand		
77018 GF-,Haftungs-,Managementvergtg. EA	11.149,20	11.149,20
77019 Treuhandvergütung Einmalanlagen	5.574,60	5.574,60
77020 Anlegerbetreuung Einmalanlagen	13.936,50	13.936,50
77500 Rechts- u. Beratungskosten	385,24	558,28
77502 Aufwand f. Fremdbuchhaltung	5.574,60	5.574,60
77600 Prüfungs- u. Beratungsaufwand	7.640,00	8.184,00
	44.260,14	44.977,18
Gebühren und Beiträge		
71650 Sonst. Steuern/Abgaben/Gebühren	199,00	155,88
77810 Kammerumlage	36,27	815,00
	235,27	970,88
Spesen des Geldverkehrs		
77900 Spesen des Geldverkehrs	51.122,64	53.693,56
77910 Centausgleich	0,07	0,04
	51.122,71	53.693,60
Schadensfälle		
78010 Erstvermietungsgarantien / EVG-Zahlungen	0,00	302,52
diverse betriebliche Aufwendungen		
77960 Kreditgebühren	37.500,00	0,00
	154.147,76	121.455,05
6. Zwischensumme aus Z 1 bis 5 (Betriebsergebnis)	5.476,22	1.160.541,33
7. Erträge aus Beteiligungen		
81101 Beteiligungserträge aus Personengesellschaften	2.303.800,00	705.000,00
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		
80600 Zinserträge aus Bankguthaben	80,37	174,35
80640 Zinserträge Konzern	55.548,53	50.945,86
	55.628,90	51.120,21
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		
82800 Bankzinsen u. ähnl. Aufwendungen	0,36	8,06
82821 Zinsaufwand Konzern	13.818,84	0,00
	13.819,20	8,06
10. Zwischensumme aus Z 7 bis 9 (Finanzergebnis)	2.345.609,70	756.112,15

Erläuterungen Gewinn- und Verlustrechnung

IR2016 der C&P GmbH & Co KG

01.01.2020 bis 31.12.2020

	2020	2019
11. Steuern vom Einkommen		
85400 Kapitalertragsteuer anrechenbar	20,11	43,60
12. Jahresgewinn	2.351.065,81	1.916.609,88
13. Gewinnvorab		
82300 Gewinnvorab Zinsen Anleger	-399.252,00	-380.912,53
14. Den Gesellschaftern zuzurechnender Gewinn	1.951.813,81	1.535.697,35

Anlagenpiegel

IR2016 der C&P GmbH & Co KG

	Stand 01.01.2020		Zugänge		Abgänge		Umbuchungen		Stand 31.12.2020		kumulierte Abschreibungen		Abgänge		Stand 31.12.2020		Buchwerte		
A. ANLAGEVERMÖGEN																			
I. Finanzanlagen																			
1. Beteiligungen	255.746,00		397.000,00		0,00		0,00		0,00	652.746,00		0,00		0,00		0,00	255.746,00		652.746,00

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB 2018)

Empfohlen vom Vorstand der Kammer der Steuerberater und
Wirtschaftsprüfer zuletzt mit Beschluss vom 18.04.2018

Präambel und Allgemeines

(1) Auftrag im Sinne dieser Bedingungen meint jeden Vertrag über vom zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhandberufes Berechtigten in Ausübung dieses Berufes zu erbringende Leistungen (sowohl faktische Tätigkeiten als auch die Besorgung oder Durchführung von Rechtsgeschäften oder Rechtshandlungen, jeweils im Rahmen der §§ 2 oder 3 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 (WTBG 2017)). Die Parteien des Auftrages werden in Folge zum einen „Auftragnehmer“, zum anderen „Auftraggeber“ genannt).

(2) Diese Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe gliedern sich in zwei Teile: Die Auftragsbedingungen des I. Teiles gelten für Aufträge, bei denen die Auftragserteilung zum Betrieb des Unternehmens des Auftraggebers (Unternehmer iSd KSchG) gehört. Für Verbrauchergeschäfte gemäß Konsumentenschutzgesetz (Bundesgesetz vom 8.3.1979/BGBl Nr.140 in der derzeit gültigen Fassung) gelten sie insoweit der II. Teil keine abweichenden Bestimmungen für diese enthält.

(3) Im Falle der Unwirksamkeit einer einzelnen Bestimmung ist diese durch eine wirksame, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt, zu ersetzen.

I. TEIL

1. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Der Umfang des Auftrages ergibt sich in der Regel aus der schriftlichen Auftragsvereinbarung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer. Fehlt diesbezüglich eine detaillierte schriftliche Auftragsvereinbarung gilt im Zweifel (2)-(4):

(2) Bei Beauftragung mit Steuerberatungsleistungen umfasst die Beratungstätigkeit folgende Tätigkeiten:

a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommen- oder Körperschaftsteuer sowie Umsatzsteuer und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden oder (bei entsprechender Vereinbarung) vom Auftragnehmer erstellten Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise. Wenn nicht ausdrücklich anders vereinbart, sind die für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise vom Auftraggeber beizubringen.

b) Prüfung der Bescheide zu den unter a) genannten Erklärungen.

c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden.

d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

e) Mitwirkung im Rechtsmittelverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Erhält der Auftragnehmer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(3) Soweit die Ausarbeitung von einer oder mehreren Jahressteuererklärung(en) zum übernommenen Auftrag zählt, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Prüfung, ob alle in Betracht kommenden insbesondere umsatzsteuerrechtlichen Begünstigungen wahrgenommen worden sind, es sei denn, hierüber besteht eine nachweisliche Beauftragung.

(4) Die Verpflichtung zur Erbringung anderer Leistungen gemäß §§ 2 und 3 WTBG 2017 bedarf jedenfalls nachweislich einer gesonderten Beauftragung.

(5) Vorstehende Absätze (2) bis (4) gelten nicht bei Sachverständigen-tätigkeit.

(6) Es bestehen keinerlei Pflichten des Auftragnehmers zur Leistungserbringung, Warnung oder Aufklärung über den Umfang des Auftrages hinaus.

(7) Der Auftragnehmer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages geeigneter Mitarbeiter und sonstiger Erfüllungsgehilfen (Subunternehmer) zu bedienen, als auch sich bei der Durchführung des Auftrages durch einen Berufsbefugten substituieren zu lassen. Mitarbeiter im Sinne dieser Bedingungen meint alle Personen, die den Auftragnehmer auf regelmäßiger oder dauerhafter Basis bei seiner betrieblichen Tätigkeit unterstützen, unabhängig von der Art der rechtsgeschäftlichen Grundlage.

(8) Der Auftragnehmer hat bei der Erbringung seiner Leistungen ausschließlich österreichisches Recht zu berücksichtigen; ausländisches Recht ist nur bei ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung zu berücksichtigen.

(9) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung, so ist der Auftragnehmer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen. Dies gilt auch für in sich abgeschlossene Teile eines Auftrages.

(10) Der Auftraggeber ist verpflichtet dafür Sorge zu tragen, dass die von ihm zur Verfügung gestellten Daten vom Auftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung verarbeitet werden dürfen. Diesbezüglich hat der Auftraggeber insbesondere aber nicht ausschließlich die anwendbaren datenschutz- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu beachten.

(11) Bringt der Auftragnehmer bei einer Behörde ein Anbringen elektronisch ein, so handelt er – mangels ausdrücklicher gegenteiliger Vereinbarung – lediglich als Bote und stellt dies keine ihm oder einem einreichend Bevollmächtigten zurechenbare Willens- oder Wissenserklärung dar.

(12) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Personen, die während des Auftragsverhältnisses Mitarbeiter des Auftragnehmers sind oder waren, während und binnen eines Jahres nach Beendigung des Auftragsverhältnisses nicht in seinem Unternehmen oder in einem ihm nahestehenden Unternehmen zu beschäftigen, widrigenfalls er sich zur Bezahlung eines Jahresbezuges des übernommenen Mitarbeiters an den Auftragnehmer verpflichtet.

2. Aufklärungspflicht des Auftraggebers; Vollständigkeitserklärung

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Auftragnehmer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen zum vereinbarten Termin und in Ermangelung eines solchen rechtzeitig in geeigneter Form vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Auftragnehmers bekannt werden.

(2) Der Auftragnehmer ist berechtigt, die ihm erteilten Auskünfte und übergebenen Unterlagen des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig anzusehen und dem Auftrag zu Grunde zu legen. Der Auftragnehmer ist ohne gesonderten schriftlichen Auftrag nicht verpflichtet, Unrichtigkeiten fest zu stellen. Insbesondere gilt dies auch für die Richtigkeit und Vollständigkeit von Rechnungen. Stellt er allerdings Unrichtigkeiten fest, so hat er dies dem Auftraggeber bekannt zu geben. Er hat im Finanzstrafverfahren die Rechte des Auftraggebers zu wahren.

(3) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen im Falle von Prüfungen, Gutachten und Sachverständigentätigkeit schriftlich zu bestätigen.

(4) Wenn bei der Erstellung von Jahresabschlüssen und anderen Abschlüssen vom Auftraggeber erhebliche Risiken nicht bekannt gegeben worden sind, bestehen für den Auftragnehmer insoweit diese Risiken schlagend werden keinerlei Ersatzpflichten.

(5) Vom Auftragnehmer angegebene Termine und Zeitpläne für die Fertigstellung von Produkten des Auftragnehmers oder Teilen davon sind bestmögliche Schätzungen und, sofern nicht anders schriftlich vereinbart, nicht bindend. Selbiges gilt für etwaige Honorarschätzungen: diese werden nach bestem Wissen erstellt; sie sind jedoch stets unverbindlich.

(6) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer jeweils aktuelle Kontaktdaten (insbesondere Zustelladresse) bekannt zu geben. Der Auftragnehmer darf sich bis zur Bekanntgabe neuer Kontaktdaten auf die Gültigkeit der zuletzt vom Auftraggeber bekannt gegebenen Kontaktdaten verlassen, insbesondere Zustellung an die zuletzt bekannt gegebene Adresse vornehmen lassen.

3. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Auftragnehmers gefährdet wird, und hat selbst jede Gefährdung dieser Unabhängigkeit zu unterlassen. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass seine hierfür notwendigen personenbezogenen Daten sowie Art und Umfang inklusive Leistungszeitraum der zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber vereinbarten Leistungen (sowohl Prüfungs- als auch Nicht- prüfungsleistungen) zum Zweck der Überprüfung des Vorliegens von Befangenheits- oder Ausschlussgründen und Interessenkollisionen in einem allfälligen Netzwerk, dem der Auftragnehmer angehört, verarbeitet und zu diesem Zweck an die übrigen Mitglieder dieses Netzwerkes auch ins Ausland übermittelt werden. Hierfür entbindet der Auftraggeber den Auftragnehmer nach dem Datenschutzgesetz und gemäß § 80 Abs 4 Z 2 WTBG 2017 ausdrücklich von dessen Verschwiegenheitspflicht. Der Auftraggeber kann die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht jederzeit widerrufen.

4. Berichterstattung und Kommunikation

(1) (Berichterstattung durch den Auftragnehmer) Bei Prüfungen und Gutachten ist, soweit nichts anderes vereinbart wurde, ein schriftlicher Bericht zu erstellen.

(2) (Kommunikation an den Auftraggeber) Alle auftragsbezogenen Auskünfte und Stellungnahmen, einschließlich Berichte, (allesamt Wissens- erklärungen) des Auftragnehmers, seiner Mitarbeiter, sonstiger Erfüllungs- gehilfen oder Substitute („berufliche Äußerungen“) sind nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen. Berufliche Äußerungen in elektronischen Dateiformaten, welche per Fax oder E-Mail oder unter Verwendung ähnlicher Formen der elektronischen Kommunikation (speicher- und wiedergabefhig und nicht mündlich dh zB SMS aber nicht Telefon) erfolgen, übermittelt oder bestätigt werden, gelten als schriftlich; dies gilt ausschließlich für berufliche Äußerungen. Das Risiko der Erteilung der beruflichen Äußerungen durch dazu Nichtbefugte und das Risiko der Übersendung dieser trägt der Auftraggeber.

(3) (Kommunikation an den Auftraggeber) Der Auftraggeber stimmt hiermit zu, dass der Auftragnehmer elektronische Kommunikation mit dem Auftraggeber (zB via E-Mail) in unverschlüsselter Form vornimmt. Der Auftraggeber erklärt, über die mit der Verwendung elektronischer Kommunikation verbundenen Risiken (insbesondere Zugang, Geheimhaltung, Veränderung von Nachrichten im Zuge der Übermittlung) informiert zu sein. Der Auftragnehmer, seine Mitarbeiter, sonstigen Erfllungshelfen oder Substitute haften nicht für Schäden, die durch die Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel verursacht werden.

(4) (Kommunikation an den Auftragnehmer) Der Empfang und die Weiterleitung von Informationen an den Auftragnehmer und seine Mitarbeiter sind bei Verwendung von Telefon – insbesondere in Verbindung mit automatischen Anrufbeantwortungssystemen, Fax, E-Mail und anderen Formen der elektronischen Kommunikation – nicht immer sichergestellt. Aufträge und wichtige Informationen gelten daher dem Auftragnehmer nur dann als zugegangen, wenn sie auch physisch (nicht (fern-)mündlich oder elektronisch) zugegangen sind, es sei denn, es wird im Einzelfall der Empfang ausdrücklich bestätigt. Automatische Übermittlungs- und Lesebesttigungen gelten nicht als solche ausdrücklichen Empfangsbestätigungen. Dies gilt insbesondere für die Übermittlung von Bescheiden und anderen Informationen über Fristen. Kritische und wichtige Mitteilungen müssen daher per Post oder Kurier an den Auftragnehmer gesandt werden. Die Übergabe von Schriftstücken an Mitarbeiter außerhalb der Kanzlei gilt nicht als Übergabe.

(5) (Allgemein) Schriftlich meint insoweit in Punkt 4 (2) nicht anderes bestimmt, Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit). Eine fortgeschrittene elektronische Signatur (Art. 26 eIDASVO, (EU) Nr. 910/2014) erfüllt das Erfordernis der Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit), soweit dies innerhalb der Parteiendisposition liegt.

(6) (Werbliche Information) Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber wiederkehrend allgemeine steuerrechtliche und allgemeine wirtschaftsrechtliche Informationen elektronisch (zB per E-Mail) bermitteln. Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass er das Recht hat, der Zusendung von Direktwerbung jederzeit zu widersprechen.

5. Schutz des geistigen Eigentums des Auftragnehmers

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die im Rahmen des Auftrages vom Auftragnehmer erstellten Berichte, Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Berechnungen und dergleichen nur für Auftragszwecke (z.B. gemäß § 44 Abs 3 EStG 1988) verwendet werden. Im übrigen bedarf die Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an einen Dritten zur

Nutzung der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers.

(2) Die Verwendung schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Auftragnehmer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

(3) Dem Auftragnehmer verbleibt an seinen Leistungen das Urheberrecht. Die Einräumung von Werknutzungs- bzw. Verwertungs- bzw. Verwertungsbewilligungen bleibt der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers vorbehalten.

6. Mängelbeseitigung

(1) Der Auftragnehmer ist berechtigt und verpflichtet, nachträglich hervor kommende Unrichtigkeiten und Mängel in seiner schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung zu beseitigen, und verpflichtet, den Auftraggeber hiervon unverzüglich zu verständigen. Er ist berechtigt, auch über die ursprüngliche berufliche Äußerung informierte Dritte von der Änderung zu verständigen.

(2) Der Auftraggeber hat Anspruch auf die kostenlose Beseitigung von Unrichtigkeiten, sofern diese durch den Auftragnehmer zu vertreten sind; dieser Anspruch erlischt sechs Monate nach erbrachter Leistung des Auftragnehmers bzw. – falls eine schriftliche berufliche Äußerung nicht abgegeben wird – sechs Monate nach Beendigung der beanstandeten Tätigkeit des Auftragnehmers.

(3) Der Auftraggeber hat bei Fehlschlägen der Nachbesserung etwaiger Mängel Anspruch auf Minderung. Soweit darüber hinaus Schadenersatzansprüche bestehen, gilt Punkt 7.

7. Haftung

(1) Sämtliche Haftungsregelungen gelten für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis, gleich aus welchem Rechtsgrund. Der Auftragnehmer haftet für Schäden im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis (einschließlich dessen Beendigung) nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Anwendbarkeit des § 1298 Satz 2 ABGB wird ausgeschlossen.

(2) Im Falle grober Fahrlässigkeit beträgt die Ersatzpflicht des Auftragnehmers höchstens das zehnfache der Mindestversicherungssumme der Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 11 Wirtschaftstreuhnderberufsgesetz 2017 (WTBG 2017) in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Die Beschränkung der Haftung gemäß Punkt 7 (2) bezieht sich auf den einzelnen Schadensfall. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinander folgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als eine einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem und wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. Ein einheitlicher Schaden bleibt ein einzelner Schadensfall, auch wenn er auf mehreren Pflichtverletzungen beruht. Weiters ist, außer bei vorsätzlicher Schädigung, eine Haftung des Auftragnehmers für entgangenen Gewinn sowie Begleit-, Folge-, Neben oder ähnliche Schäden, ausgeschlossen.

(4) Jeder Schadenersatzanspruch kann nur innerhalb von sechs Monaten nachdem der oder die Anspruchsberechtigten von dem Schaden Kenntnis erlangt haben, spätestens aber innerhalb von drei Jahren ab Eintritt des (Primär)Schadens nach dem anspruchsbegründenden Ereignis gerichtlich geltend gemacht werden, sofern nicht in gesetzlichen Vorschriften zwingend andere Verjährungsfristen festgesetzt sind.

(5) Im Falle der (tatbestandsmäßigen) Anwendbarkeit des § 275 UGB gelten dessen Haftungsnormen auch dann, wenn an der Durchführung des Auftrages mehrere Personen beteiligt gewesen oder mehrere zum Ersatz verpflichtende Handlungen begangen worden sind und ohne Rücksicht darauf, ob andere Beteiligte vorsätzlich gehandelt haben.

(6) In Fllen, in denen ein förmlicher Bestätigungsvermerk erteilt wird, beginnt die Verjährungsfrist spätestens mit Erteilung des Bestätigungsvermerkes zu laufen.

(7) Wird die Tätigkeit unter Einschaltung eines Dritten, z.B. eines Daten verarbeitenden Unternehmens, durchgeführt, so gelten mit Benachrichtigung des Auftraggebers darüber nach Gesetz oder Vertrag be- oder entstehende Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche gegen den Dritten als an den Auftraggeber abgetreten. Der Auftragnehmer haftet, unbeschadet Punkt 4. (3), diesfalls nur für Verschulden bei der Auswahl des Dritten.

(8) Eine Haftung des Auftragnehmers Dritten gegenüber ist in jedem Fall ausgeschlossen. Geraten Dritte mit der Arbeit des Auftragnehmers wegen des Auftraggebers in welcher Form auch immer in Kontakt hat der Auftraggeber diese über diesen Umstand ausdrücklich aufzuklären. Soweit

ein solcher Haftungsausschluss gesetzlich nicht zulässig ist oder eine Haftung gegenüber Dritten vom Auftragnehmer ausnahmsweise übernommen wurde, gelten subsidiär diese Haftungsbeschränkungen jedenfalls auch gegenüber Dritten. Dritte können jedenfalls keine Ansprüche stellen, die über einen allfälligen Anspruch des Auftraggebers hinausgehen. Die Haftungshöchstsumme gilt nur insgesamt einmal für alle Geschädigten, einschließlich der Ersatzansprüche des Auftraggebers selbst, auch wenn mehrere Personen (der Auftraggeber und ein Dritter oder auch mehrere Dritte) geschädigt worden sind; Geschädigte werden nach ihrem Zuorkommen befriedigt. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer und dessen Mitarbeiter von sämtlichen Ansprüchen Dritter im Zusammenhang mit der Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an diese Dritte schad- und klaglos halten.

(9) Punkt 7 gilt auch für allfällige Haftungsansprüche des Auftraggebers im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis gegenüber Dritten (Erfüllungs- und Besorgungsgehilfen des Auftragnehmers) und den Substituten des Auftragnehmers.

8. Verschwiegenheitspflicht, Datenschutz

(1) Der Auftragnehmer ist gemäß § 80 WTBG 2017 verpflichtet, über alle Angelegenheiten, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet oder gesetzliche Äußerungspflichten entgegen stehen.

(2) Soweit es zur Verfolgung von Ansprüchen des Auftragnehmers (insbesondere Ansprüche auf Honorar) oder zur Abwehr von Ansprüchen gegen den Auftragnehmer (insbesondere Schadenersatzansprüche des Auftraggebers oder Dritter gegen den Auftragnehmer) notwendig ist, ist der Auftragnehmer von seiner beruflichen Verschwiegenheitspflicht entbunden.

(3) Der Auftragnehmer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche berufliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen, es sei denn, dass eine gesetzliche Verpflichtung hierzu besteht.

(4) Der Auftragnehmer ist datenschutzrechtlich Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung („DSGVO“) hinsichtlich aller im Rahmen des Auftrages verarbeiteter personenbezogener Daten. Der Auftragnehmer ist daher befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Grenzen des Auftrages zu verarbeiten. Dem Auftragnehmer überlassene Materialien (Papier und Datenträger) werden grundsätzlich nach Beendigung der diesbezüglichen Leistungserbringung dem Auftraggeber oder an vom Auftraggeber namhaft gemachte Dritte übergeben oder wenn dies gesondert vereinbart ist vom Auftragnehmer verwahrt oder vernichtet. Der Auftragnehmer ist berechtigt Kopien davon aufzubewahren soweit er diese zur ordnungsgemäßen Dokumentation seiner Leistungen benötigt oder es rechtlich geboten oder berufsüblich ist.

(5) Sofern der Auftragnehmer den Auftraggeber dabei unterstützt, die den Auftraggeber als datenschutzrechtlich Verantwortlichen treffenden Pflichten gegenüber Betroffenen zu erfüllen, so ist der Auftragnehmer berechtigt, den entstandenen tatsächlichen Aufwand an den Auftraggeber zu verrechnen. Gleiches gilt, für den Aufwand der für Auskünfte im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis anfällt, die nach Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht durch den Auftraggeber gegenüber Dritten diesen Dritten erteilt werden.

9. Rücktritt und Kündigung („Beendigung“)

(1) Die Erklärung der Beendigung eines Auftrags hat schriftlich zu erfolgen (siehe auch Punkt 4 (4) und (5)). Das Erlöschen einer bestehenden Vollmacht bewirkt keine Beendigung des Auftrags.

(2) Soweit nicht etwas anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung beenden. Der Honoraranspruch bestimmt sich nach Punkt 11.

(3) Ein Dauerauftrag (befristeter oder unbefristeter Auftrag über, wenn auch nicht ausschließlich, die Erbringung wiederholter Einzelleistungen, auch mit Pauschalvergütung) kann allerdings, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart ist, ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes nur unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten („Beendigungsfrist“) zum Ende eines Kalendermonats beendet werden.

(4) Nach Erklärung der Beendigung eines Dauerauftrags – sind, soweit im Folgenden nicht abweichend bestimmt, nur jene einzelnen Werke vom Auftragnehmer noch fertigzustellen (verbleibender Auftragsstand), deren vollständige Ausführung innerhalb der Beendigungsfrist (grundsätzlich) möglich ist, soweit diese innerhalb eines Monats nach Beginn des Laufs der Beendigungsfrist dem Auftraggeber schriftlich im Sinne des Punktes 4 (2) bekannt gegeben werden. Der verbleibende Auftragsstand ist innerhalb der Beendigungsfrist fertig zu stellen, sofern sämtliche erforderlichen

Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden und soweit nicht ein wichtiger Grund vorliegt, der dies hindert.

(5) Wären bei einem Dauerauftrag mehr als 2 gleichartige, üblicherweise nur einmal jährlich zu erstellende Werke (z.B. Jahresabschlüsse, Steuererklärungen etc.) fertig zu stellen, so zählen die über 2 hinaus gehenden Werke nur bei ausdrücklichem Einverständnis des Auftraggebers zum verbleibenden Auftragsstand. Auf diesen Umstand ist der Auftraggeber in der Bekanntgabe gemäß Punkt 9 (4) gegebenenfalls ausdrücklich hinzuweisen.

10. Beendigung bei Annahmeverzug und unterlassener Mitwirkung des Auftraggebers und rechtlichen Ausführungshindernissen

(1) Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Auftragnehmer angebotenen Leistung in Verzug oder unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Punkt 2. oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Auftragnehmer zur fristlosen Beendigung des Vertrages berechtigt. Gleiches gilt, wenn der Auftraggeber eine (auch teilweise) Durchführung des Auftrages verlangt, die, nach begründetem Dafürhalten des Auftragnehmers, nicht der Rechtslage oder berufsüblichen Grundsätzen entspricht. Seine Honoraransprüche bestimmen sich nach Punkt 11. Annahmeverzug sowie unterlassene Mitwirkung seitens des Auftraggebers begründen auch dann den Anspruch des Auftragnehmers auf Ersatz der ihm hierdurch entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, wenn der Auftragnehmer von seinem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

(2) Bei Verträgen über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenverrechnung ist eine fristlose Beendigung durch den Auftragnehmer gemäß Punkt 10 (1) zulässig, wenn der Auftraggeber seiner Mitwirkungspflicht gemäß Punkt 2. (1) zweimal nachweislich nicht nachkommt.

11. Honoraranspruch

(1) Unterbleibt die Ausführung des Auftrages (z.B. wegen Rücktritt oder Kündigung), so gebührt dem Auftragnehmer gleichwohl das vereinbarte Entgelt (Honorar), wenn er zur Leistung bereit war und durch Umstände, deren Ursache auf Seiten des Auftraggebers liegen, ein bloßes Mitverschulden des Auftragnehmers bleibt diesbezüglich außer Ansatz, daran gehindert worden ist; der Auftragnehmer braucht sich in diesem Fall nicht anrechnen zu lassen, was er durch anderweitige Verwendung seiner und seiner Mitarbeiter Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben unterlässt.

(2) Bei Beendigung eines Dauerauftrags gebührt das vereinbarte Entgelt für den verbleibenden Auftragsstand, sofern er fertiggestellt wird oder dies aus Gründen, die dem Auftraggeber zuzurechnen sind, unterbleibt (auf Punkt 11. (1) wird verwiesen). Vereinbarte Pauschalhonorare sind gegebenenfalls zu aliquotieren.

(3) Unterbleibt eine zur Ausführung des Werkes erforderliche Mitwirkung des Auftraggebers, so ist der Auftragnehmer auch berechtigt, ihm zur Nachholung eine angemessene Frist zu setzen mit der Erklärung, dass nach fruchtlosem Verstreichen der Frist der Vertrag als aufgehoben gelte, im Übrigen gelten die Folgen des Punkt 11. (1).

(4) Bei Nichteinhaltung der Beendigungsfrist gemäß Punkt 9. (3) durch den Auftraggeber, sowie bei Vertragsauflösung gemäß Punkt 10. (2) durch den Auftragnehmer behält der Auftragnehmer den vollen Honoraranspruch für drei Monate.

12. Honorar

(1) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit vereinbart ist, wird jedenfalls gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessene Entlohnung geschuldet. Höhe und Art des Honoraranspruchs des Auftragnehmers ergeben sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen.

(2) Die kleinste verrechenbare Leistungseinheit beträgt eine Viertelstunde.

(3) Auch die Wegzeit wird im notwendigen Umfang verrechnet.

(4) Das Aktenstudium in der eigenen Kanzlei, das nach Art und Umfang zur Vorbereitung des Auftragnehmers notwendig ist, kann gesondert verrechnet werden.

(5) Erweist sich durch nachträglich hervorgekommene besondere Umstände oder auf Grund besonderer Inanspruchnahme durch den Auftraggeber ein bereits vereinbartes Entgelt als unzureichend, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber darauf hinzuweisen und sind Nachverhandlungen zur Vereinbarung eines angemessenen Entgelts zu führen (auch bei unzureichenden Pauschalhonoraren).

(6) Der Auftragnehmer verrechnet die Nebenkosten und die Umsatzsteuer zusätzlich. Beispielhaft aber nicht abschließend im Folgenden (7) bis (9):

(7) Zu den verrechenbaren Nebenkosten zählen auch belegte oder pauschalierte Barauslagen, Reisespesen (bei Bahnfahrten 1. Klasse), Diäten, Kilometergeld, Kopierkosten und ähnliche Nebenkosten.

(8) Bei besonderen Haftpflichtversicherungserfordernissen zählen die betreffenden Versicherungsprämien (inkl. Versicherungssteuer) zu den Nebenkosten.

(9) Weiters sind als Nebenkosten auch Personal- und Sachaufwendungen für die Erstellung von Berichten, Gutachten uä. anzusehen.

(10) Für die Ausführung eines Auftrages, dessen gemeinschaftliche Erledigung mehreren Auftragnehmern übertragen worden ist, wird von jedem das seiner Tätigkeit entsprechende Entgelt verrechnet.

(11) Entgelte und Entgeltvorschüsse sind mangels anderer Vereinbarungen sofort nach deren schriftlicher Geltendmachung fällig. Für Entgeltzahlungen, die später als 14 Tage nach Fälligkeit geleistet werden, können Verzugszinsen verrechnet werden. Bei beiderseitigen Unternehmergeschäften gelten Verzugszinsen in der in § 456 1. und 2. Satz UGB festgelegten Höhe.

(12) Die Verjährung richtet sich nach § 1486 ABGB und beginnt mit Ende der Leistung bzw. mit späterer, in angemessener Frist erfolgter Rechnungslegung zu laufen.

(13) Gegen Rechnungen kann innerhalb von 4 Wochen ab Rechnungsdatum schriftlich beim Auftragnehmer Einspruch erhoben werden. Andernfalls gilt die Rechnung als anerkannt. Die Aufnahme einer Rechnung in die Bücher gilt jedenfalls als Anerkenntnis.

(14) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

(15) Falls bei Aufträgen betreffend die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgaberverrechnung ein Pauschalhonorar vereinbart ist, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarung die Vertretungstätigkeit im Zusammenhang mit abgaben und beitragsrechtlichen Prüfungen aller Art einschließlich der Abschluss von Vergleichen über Abgabebemessungs- oder Beitragsgrundlagen, Berichterstattung, Rechtsmittelerhebung uä gesondert zu honorieren. Sofern nichts anderes schriftlich vereinbart ist, gilt das Honorar als jeweils für ein Auftragsjahr vereinbart.

(16) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen im Zusammenhang mit den im Punkt 12. (15) genannten Tätigkeiten, insbesondere Feststellungen über das prinzipielle Vorliegen einer Pflichtversicherung, erfolgt nur aufgrund eines besonderen Auftrages.

(17) Der Auftragnehmer kann entsprechende Vorschüsse verlangen und seine (fortgesetzte) Tätigkeit von der Zahlung dieser Vorschüsse abhängig machen. Bei Daueraufträgen darf die Erbringung weiterer Leistungen bis zur Bezahlung früherer Leistungen (sowie allfälliger Vorschüsse gemäß Satz 1) verweigert werden. Bei Erbringung von Teilleistungen und offener Teilhonorierung gilt dies sinngemäß.

(18) Eine Beanstandung der Arbeiten des Auftragnehmers berechtigt, außer bei offenkundigen wesentlichen Mängeln, nicht zur auch nur teilweisen Zurückhaltung der ihm nach Punkt 12. zustehenden Honorare, sonstigen Entgelte, Kostenersätze und Vorschüsse (Vergütungen).

(19) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Auftragnehmers auf Vergütungen nach Punkt 12. ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

13. Sonstiges

(1) Im Zusammenhang mit Punkt 12. (17) wird auf das gesetzliche Zurückbehaltungsrecht (§ 471 ABGB, § 369 UGB) verwiesen; wird das Zurückbehaltungsrecht zu Unrecht ausgeübt, haftet der Auftragnehmer grundsätzlich gemäß Punkt 7. aber in Abweichung dazu nur bis zur Höhe seiner noch offenen Forderung.

(2) Der Auftraggeber hat keinen Anspruch auf Ausfolgung von im Zuge der Auftragserfüllung vom Auftragnehmer erstellten Arbeitspapieren und ähnlichen Unterlagen. Im Falle der Auftragserfüllung unter Einsatz elektronischer Buchhaltungssysteme ist der Auftragnehmer berechtigt, nach Übergabe sämtlicher vom Auftragnehmer auftragsbezogen damit erstellter Daten, für die den Auftraggeber eine Aufbewahrungspflicht trifft,

in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format an den Auftraggeber bzw. an den nachfolgenden Wirtschaftstreuhänder, die Daten zu löschen. Für die Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format hat der Auftragnehmer Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12 gilt sinngemäß). Ist eine Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format aus besonderen Gründen unmöglich oder unzulässig, können diese ersatzweise im Vollaussdruck übergeben werden. Eine Honorierung steht diesfalls dafür nicht zu.

(3) Der Auftragnehmer hat auf Verlangen und Kosten des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlass seiner Tätigkeit von diesem erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Auftragnehmer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die der Auftraggeber in Urschrift besitzt und für Schriftstücke, die einer Aufbewahrungspflicht nach den für den Auftragnehmer geltenden rechtlichen Bestimmungen zur Verhinderung von Geldwäsche unterliegen. Der Auftragnehmer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen. Sind diese Unterlagen bereits einmal an den Auftraggeber übermittelt worden so hat der Auftragnehmer Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12. gilt sinngemäß).

(4) Der Auftraggeber hat die dem Auftragnehmer übergebenen Unterlagen nach Abschluss der Arbeiten binnen 3 Monaten abzuholen. Bei Nichtabholung übergebener Unterlagen kann der Auftragnehmer nach zweimaliger nachweislicher Aufforderung an den Auftraggeber, übergebene Unterlagen abzuholen, diese auf dessen Kosten zurückstelle und/oder ein angemessenes Honorar in Rechnung stellen (Punkt 12. gilt sinngemäß). Die weitere Aufbewahrung kann auch auf Kosten des Auftraggebers durch Dritte erfolgen. Der Auftragnehmer haftet im Weiteren nicht für Folgen aus Beschädigung, Verlust oder Vernichtung der Unterlagen.

(5) Der Auftragnehmer ist berechtigt, fällige Honorarforderungen mit etwaigen Depotguthaben, Verrechnungsgeldern, Treuhandgeldern oder anderen in seiner Gewahrsame befindlichen liquiden Mitteln auch bei ausdrücklicher Inverwahrnehmung zu kompensieren, sofern der Auftraggeber mit einem Gegenanspruch des Auftragnehmers rechnen musste.

(6) Zur Sicherung einer bestehenden oder künftigen Honorarforderung ist der Auftragnehmer berechtigt, ein finanzamtliches Guthaben oder ein anderes Abgaben- oder Beitragsguthaben des Auftraggebers auf ein Anderkonto zu transferieren. Diesfalls ist der Auftraggeber vom erfolgten Transfer zu verständigen. Danach kann der sichergestellte Betrag entweder im Einvernehmen mit dem Auftraggeber oder bei Vollstreckbarkeit der Honorarforderung eingezogen werden.

14. Anzuwendendes Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

(1) Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt ausschließlich österreichisches Recht unter Ausschluss des nationalen Verweisungsrechts.

(2) Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung des Auftragnehmers.

(3) Gerichtsstand ist – mangels abweichender schriftlicher Vereinbarung – das sachlich zuständige Gericht des Erfüllungsortes.

II. TEIL

15. Ergänzende Bestimmungen für Verbrauchergeschäfte

(1) Für Verträge zwischen Wirtschaftstreuhandern und Verbrauchern gelten die zwingenden Bestimmungen des Konsumentenschutzgesetzes.

(2) Der Auftragnehmer haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässig verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.

(3) Anstelle der im Punkt 7 Abs 2 normierten Begrenzung ist auch im Falle grober Fahrlässigkeit die Ersatzpflicht des Auftragnehmers nicht begrenzt.

(4) Punkt 6 Abs 2 (Frist für Mängelbeseitigungsanspruch) und Punkt 7 Abs 4 (Geltendmachung der Schadenersatzansprüche innerhalb einer bestimmten Frist) gilt nicht.

(5) Rücktrittsrecht gemäß § 3 KSchG:

Hat der Verbraucher seine Vertragserklärung nicht in den vom Auftragnehmer dauernd benutzten Kanzleiräumen abgegeben, so kann er von seinem Vertragsantrag oder vom Vertrag zurücktreten. Dieser Rücktritt kann bis zum Zustandekommen des Vertrages oder danach binnen einer Woche erklärt werden; die Frist beginnt mit der Ausfolgung einer Urkunde, die zumindest den Namen und die Anschrift des Auftragnehmers sowie eine Belehrung über das Rücktrittsrecht enthält, an den Verbraucher, frühestens jedoch mit dem Zustandekommen des Vertrages zu laufen. Das Rücktrittsrecht steht dem Verbraucher nicht zu,

1. wenn er selbst die geschäftliche Verbindung mit dem Auftragnehmer oder dessen Beauftragten zwecks Schließung dieses Vertrages angebahnt hat,

2. wenn dem Zustandekommen des Vertrages keine Besprechungen zwischen den Beteiligten oder ihren Beauftragten vorangegangen sind oder

3. bei Verträgen, bei denen die beiderseitigen Leistungen sofort zu erbringen sind, wenn sie üblicherweise von Auftragnehmern außerhalb ihrer Kanzleiräume geschlossen werden und das vereinbarte Entgelt € 15 nicht übersteigt.

Der Rücktritt bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Schriftform. Es genügt, wenn der Verbraucher ein Schriftstück, das seine Vertragserklärung oder die des Auftragnehmers enthält, dem Auftragnehmer mit einem Vermerk zurückstellt, der erkennen lässt, dass der Verbraucher das Zustandekommen oder die Aufrechterhaltung des Vertrages ablehnt. Es genügt, wenn die Erklärung innerhalb einer Woche abgesendet wird. Tritt der Verbraucher gemäß § 3 KSchG vom Vertrag zurück, so hat Zug um Zug

1. der Auftragnehmer alle empfangenen Leistungen samt gesetzlichen Zinsen vom Empfangstag an zurückzuerstatten und den vom Verbraucher auf die Sache gemachten notwendigen und nützlichen Aufwand zu ersetzen,

2. der Verbraucher dem Auftragnehmer den Wert der Leistungen zu vergüten, soweit sie ihm zum klaren und überwiegenden Vorteil gereichen. Gemäß § 4 Abs 3 KSchG bleiben Schadenersatzansprüche unberührt.

(6) Kostenvorschläge gemäß § 5 KSchG:

Für die Erstellung eines Kostenvorschlages im Sinn des § 1170a ABGB durch den Auftragnehmer hat der Verbraucher ein Entgelt nur dann zu zahlen, wenn er vorher auf diese Zahlungspflicht hingewiesen worden ist. Wird dem Vertrag ein Kostenvorschlag des Auftragnehmers zugrunde gelegt, so gilt dessen Richtigkeit als gewährleistet, wenn nicht das Gegenteil ausdrücklich erklärt ist.

(7) Mängelbeseitigung: Punkt 6 wird ergänzt:

Ist der Auftragnehmer nach § 932 ABGB verpflichtet, seine Leistungen zu verbessern oder Fehlendes nachzutragen, so hat er diese Pflicht zu erfüllen, an dem Ort, an dem die Sache übergeben worden ist. Ist es für den Verbraucher tunlich, die Werke und Unterlagen vom Auftragnehmer gesendet zu erhalten, so kann dieser diese Übersendung auf seine Gefahr und Kosten vornehmen.

(8) Gerichtsstand: Anstelle Punkt 14. (3) gilt:

Hat der Verbraucher im Inland seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder ist er im Inland beschäftigt, so kann für eine Klage gegen

ihn nach den §§ 88, 89, 93 Abs 2 und 104 Abs 1 JN nur die Zuständigkeit eines Gerichtes begründet werden, in dessen Sprengel der Wohnsitz, der gewöhnliche Aufenthalt oder der Ort der Beschäftigung liegt.

(9) Verträge über wiederkehrende Leistungen:

(a) Verträge, durch die sich der Auftragnehmer zu Werkleistungen und der Verbraucher zu wiederholten Geldzahlungen verpflichtet und die für eine unbestimmte oder eine ein Jahr übersteigende Zeit geschlossen worden sind, kann der Verbraucher unter Einhaltung einer zweimonatigen Frist zum Ablauf des ersten Jahres, nachher zum Ablauf jeweils eines halben Jahres kündigen.

(b) Ist die Gesamtheit der Leistungen eine nach ihrer Art unteilbare Leistung, deren Umfang und Preis schon bei der Vertragsschließung bestimmt sind, so kann der erste Kündigungstermin bis zum Ablauf des zweiten Jahres hinausgeschoben werden. In solchen Verträgen kann die Kündigungsfrist auf höchstens sechs Monate verlängert werden.

(c) Erfordert die Erfüllung eines bestimmten, in lit. a) genannten Vertrages erhebliche Aufwendungen des Auftragnehmers und hat er dies dem Verbraucher spätestens bei der Vertragsschließung bekannt gegeben, so können den Umständen angemessene, von den in lit. a) und b) genannten abweichende Kündigungstermine und Kündigungsfristen vereinbart werden.

(d) Eine Kündigung des Verbrauchers, die nicht fristgerecht ausgesprochen worden ist, wird zum nächsten nach Ablauf der Kündigungsfrist liegenden Kündigungstermin wirksam.

